

Rückantwort von

Frau Saskia Jürgens, Bundestagskandidatin DIE LINKE,
für den Wahlkreis Aalen – Heidenheim

und

Herrn Alexander Relea-Linder, Bundestagskandidat DIE LINKE,
für den Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd

Sehr geehrte Frau Hamann,
sehr geehrter Herr Hamm,

für Ihren Brief vom 07.09.2017 mit den Fragen zur Bundestagswahl 2017 danken wir Ihnen recht herzlich. Gerne beantworten wir Ihnen diese Fragen.

Da uns die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sehr am Herzen liegt, freut uns der Kontakt mit den IG Metall Frauen sehr.

Sollte Interesse für einen persönlichen Kontakt bestehen, würden wir auch gerne mal den IG Metall Frauenausschuss kennenlernen.

Mit freundlichen Grüßen

Saskia Jürgens und Alexander Relea-Linde

Frage 1:

DIE LINKE will ein Entgeltgleichheitsgesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen und geschlechtergerecht zu gestalten. Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu überwinden, braucht es einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz und Lohnmessungsinstrumente sind wichtige Schritte. Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür brauchen wir ein verbindliches, transparentes und überwachttes Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen.

Frage 2:

Wir müssen dringend Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Gesellschaft schaffen, dazu sind schnelle Schritte zu einer wirkungsvollen Gleichstellungspolitik und Änderung des Chancengleichheitsgesetzes überfällig. Es müssen flächendeckend hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte eingestellt werden, die mit den notwendigen rechtlichen Grundlagen ausgestattet sind. Die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung und Betreuung sowie von Pflege innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern ist unabdingbar. Das beinhaltet eine Umverteilung der gut bezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen und die bessere Möglichkeiten Beruf und Familie zu vereinbaren. Wir wissen: Mehr

Männer wollen und würden sich mehr an der Familienarbeit beteiligen, wenn die ökonomischen Verhältnisse es zuließen.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählen neben der Umverteilung der Arbeit durch kürzere Arbeitszeiten, Zeitautonomie der Angestellten für flexible Arbeitszeiten, ein Recht auf Teilzeit mit einem Recht darauf in Vollzeit zurückzukehren, ausreichend Kollegium, um einen Spontanausfall vertreten zu lassen, wenn das Kind krank ist oder ein Recht auf 6 Wochen Freistellung zur kurzfristigen Pflege nutzen zu können.

Hinzukommend muss flächendeckend die Möglichkeit der ganztägigen Kinderbetreuung für alle zugänglich sein. DIE LINKE fordert außerdem eine Pflegevollversicherung, durch die Familien entlastet werden sollen, alle Pflegeleistungen von der Versicherung übernommen werden und zu Pflegenden auf Wunsch zu Hause betreut werden. Niemand soll seinen Beruf aufgeben und als Laie pflegen müssen. Wir fordern das Recht professionell gepflegt zu werden – für alle. Dafür wird offenkundig mehr Pflegepersonal benötigt.

Sowohl die Kindererziehung als auch die Pflege müssen in der Rente besser angerechnet werden, so dass bei den ausführenden Personen keine benachteiligenden Lücken im Lebenslauf entstehen.

Frage 3:

DIE LINKE verlangt eine Frauenquote von 50 % in allen Entscheidungspositionen im Öffentlichen Dienst genauso wie im Wirtschaft- und Finanzwesen. Wir Frauen streiten seit Gründung der Bundesrepublik für solidarisches und herrschaftsfreies Zusammenleben in unserer Gesellschaft und nur DIE LINKE steht hinter der Forderung, das auch endlich durchzusetzen. DIE LINKE fordert, in meinem Sinne, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das nicht nur die 101 Dax-notierten Unternehmen und nicht nur die Aufsichtsräte betrifft. Weg mit der unverbindlichen Flexi-Quote! Wir brauchen eine verbindliche Frauenquote von 50 Prozent - überall.

Frage 4:

Frauen müssen sich häufig entscheiden, ob sie einen Beruf ausüben oder Kinder haben wollen. Die materielle Gewalt, die zumeist in männlichen Händen befindet, ist häufig ausschlaggebend für Fehlentscheidungen, wenn es darum geht, wie Frauen selbst leben wollen. Dieses Verhältnis grenzt aus. Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken dass Frauen, Männer, Homosexuelle und Trans* Menschen gleich zu behandeln und rechtlich gleichzustellen sind, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter gefördert und dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden. DIE LINKE will darüber hinaus den Niedriglohnbereich, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind, abschaffen. Alle Geschlechter müssen die gleichen Chancen haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Deshalb schaffen wir familiengerechte Arbeitszeiten, eine Umverteilung der Arbeit, Ausbau von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen sowie von Angeboten für Menschen mit Pflegebedarf. Die gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit mit den Menschen in Kindertagesstätten, in Pflegeberufen und in der sozialen Arbeit, die immer noch mehrheitlich von Frauen geleistet wird, muss anerkannt und besser bezahlt werden! DIE LINKE wird mehr Geld in soziale Dienstleistungen investieren. Wir beenden die Unterfinanzierung von Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Der Pflegemindestlohn muss auf 14,50 Euro erhöht und Tarifregelungen für Pflegefachkräfte müssen bundeseinheitlich für verbindlich erklärt werden.

Frage 5:

Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Die wesentlichen Forderungen sind nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eine eigenständige Existenzsicherung, die Teilhabe an allen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt

sowie das Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen. Ein freiwilliges Umdenken ist aus meiner Sicht nicht möglich, sei es aus ideologischen, religiösen Gründen oder einfach aus Bequemlichkeit bzw. materiellen Vorteilen /Besitzerhaltung. Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Initiative, die von den Parteien und vor allem durch die Regierung vehement umgesetzt wird. Das Denken in Gleichberechtigung der Geschlechter muss im Alltag allgegenwärtig vermittelt werden. Begonnen im Kindergarten oder Schule, wo es keine „Mädchen-„ und „Jungenspiele“ oder „-Aufgaben“ geben sollte, bis hin zur Gendergerechten Kommunikation im Alltagsleben.

Maßnahmen, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können: Siehe Antwort 1.

Frage 6:

Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit (verankert im Teilzeit- und Befristungsgesetz) muss durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit, sofern in dem Unternehmen Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden ist.

Durch eine gerechte Verteilung der Arbeitszeit ist das langfristige Ziel der Partei DIE LINKE einen Anspruch mindestens 22 Stunden Arbeit pro Woche zu haben. Die maximale Arbeitszeit soll erst auf 40 Stunden/Woche begrenzt und dann schrittweise auf 30 Stunden herabgesetzt werden.

Frage 7:

Partei DIE LINKE kämpft für ein neues Verständnis von Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung. Wir verfolgen unablässig eine langfristige Politik der schrittweisen Veränderung der Gesellschaft. Durch eine gerechte Verteilung der Arbeitszeit ist das langfristige Ziel der Partei DIE LINKE einen Anspruch mindestens 22 Stunden Arbeit pro Woche zu haben. Die maximale Arbeitszeit soll erst auf 40 Stunden/Woche begrenzt und dann schrittweise auf 30 Stunden herabgesetzt werden. Erziehungsarbeit und Pflegearbeit müssen gesellschaftlich anerkannt und bei der Arbeitszeitgestaltung stärker berücksichtigt werden. Es braucht einen Rechtsanspruch auf familiengerechte und kürzere Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen. Sabbatjahre für alle Beschäftigten. Sie sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr). Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden. Generell kann durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung das Versprechen der Digitalisierung, selbstbestimmter zu arbeiten und zu leben, für alle Wirklichkeit werden. So kann die Massenerwerbslosigkeit auch unter Bedingungen der Digitalisierung wirksam bekämpft und die Arbeit, auch zwischen den Geschlechtern, gerecht verteilt werden. DIE LINKE will gemeinsam mit Erwerbslosen, Beschäftigten und ihren Gewerkschaften einen grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt durchsetzen: gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen. Arbeit umverteilen, statt Dauerstress und Erwerbslosigkeit. Damit Arbeitszeitverkürzung nicht zu Arbeitsverdichtung führt, braucht es verbindliche Mitbestimmungsrechte bei der Arbeitsorganisation und Personalbemessung. Betriebs- und Personalräte müssen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Vetorecht bei der Arbeitsmenge, Arbeitsorganisation und Personalbemessung (Personal- und Stellenpläne) erhalten.

Frage 8:

In einer gerechten und solidarischen Gesellschaft steht Bildung und Zeit für persönliche Entwicklung für jeden Menschen an vorderer Stelle, inklusive Bildung in Kindergarten bis zur Hochschule und Erwachsenenbildung unabhängig von Geschlecht und sozialer Herkunft. Betriebliche Fortbildung ist ein Bestandteil der Arbeitswelt und nicht nur im Interesse der ArbeitnehmerInnen sondern vor allem auch der Arbeitgeberschaft, die den Fachkräftemangel beklagen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei,

auch die öffentliche Infrastruktur einschließlich Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Bildung muss gebührenfrei sein von der Kita bis zur Universität. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche Güter wie Mobilität, Kultur und Freizeitangebote nicht nur, aber zuallererst für Kinder kostenfrei zur Verfügung stehen. In Schule und Kita sollen kostenfreie hochwertige Mahlzeiten Standard sein. Die Mittel für Bildung und Qualifizierung von Erwerbslosen wollen wir erhöhen. Sie sollen einen Rechtsanspruch auf Beratung und Weiterqualifizierung haben. Freiwilligkeit, Interessen und Fähigkeiten müssen bei der Vermittlung im Vordergrund stehen, statt Erwerbslose in sinnlose Schulungsmaßnahmen zu zwingen. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden.

Wir wollen Alleinerziehende – Ein-Eltern-Familien – stärken. Sie machen einen großen Anteil der Familien aus. Sie sind zugleich am stärksten von Armut betroffen und werden vielfältig diskriminiert: beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit, Teilhabe am öffentlichen Leben und Chancengerechtigkeit für Kinder in der Bildung. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Den Bezug des Unterhaltsvorschusses wollen wir bis zum Abschluss der Schulbildung oder Ausbildung und mindestens bis zum 18. Lebensjahr des Kindes ohne Einschränkungen ausweiten. Das Kindergeld soll nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, statt wie jetzt zu 100 Prozent. Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden. Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren oder um eine Ausbildung abzuschließen. Entsprechende Förderung, Weiterbildungsangebote und Angebote zu sozialer Vernetzung wollen wir verbessern. DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der Qualifizierung und für eine bessere Bezahlung der Gesundheits- und Heilberufe ein. Ausbildungen in Gesundheitsberufen müssen gebührenfrei sein und Arbeitsleistungen während der Ausbildung vergütet werden. Unser Ziel ist, dass alle die gleichen Chancen auf und den gleichen Zugang zu Bildung haben, ein Leben lang. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht noch verstärkt werden. Niemand darf ausgegrenzt werden.

Frage 9:

Wir wollen prekäre Arbeit abschaffen - Befristungen ohne sachlichen Grund, Minijobs und Leiharbeit. Ich bin dabei, wenn wir gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit streiten und demonstrieren.

Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress und Arbeitszeiten, die mit dem Leben mit Kindern, Familie und Freundschaften vereinbar sind. Aber diese berechtigten Ansprüche werden für viele Beschäftigte und Selbständige nicht eingelöst. Viele arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen doch mit ihrem Lohn kaum bis zum Monatsende über die Runden. Ein Viertel der Beschäftigten und darunter eine Mehrzahl an Frauen arbeiten in unsicheren Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs, Solo- und Scheinselbständigkeit. Leiharbeit schafft im gleichen Betrieb Beschäftigte zweiter Klasse. Beschäftigte in Leiharbeit verdienen 2015 nur knapp 60 Prozent des Durchschnittslohns. Wir wollen die Leiharbeit abschaffen. Bis dahin kämpfen wir um bessere Bedingungen für die Beschäftigten! Lohndumping muss sofort unterbunden werden: Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen müssen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Kein Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten darf länger als drei Monate dauern. Leiharbeiter müssen nach drei Monaten im Betrieb übernommen werden und dürfen nicht gegen andere Leiharbeiter ausgetauscht werden. Der Einsatz von Leiharbeit und die Vergabe von Werkverträgen müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden. Der Missbrauch von Werkverträgen durch Scheinwerkverträge muss wirksam unterbunden werden, indem die Beweislast umgekehrt wird und zukünftig beim Arbeitgeber liegt.

Hinzu kommt, dass Frauen für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit 21% weniger bekommen, sie werden damit in Altersarmut abgedrängt! Das ist eine unfassbare Ungerechtigkeit! Den Niedriglohnsektor wollen wir mit einem gesetzlichen Mindestlohn von zwölf Euro trockenlegen. Tarifflicht durch Werkverträge und Leiharbeit muss unterbunden werden. Die ausufernden Befristungen wollen wir zurückdrängen und auf wenige Sachgründe beschränken. DIE LINKE steht für den Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!« – in Ost und West.

Frage 10:

Wir brauchen ein revolutionäres Umdenken, wie Sorge- und Pflegearbeit (= Care) verteilt und anerkannt wird. Deshalb fordert DIE LINKE im Sinne einer »Care Revolution«:

Eine solidarische Pflegevollversicherung wie auch eine Solidarische Gesundheitsversorgung.

Dabei soll jeder das Anrecht auf von der Versicherung bezahlte Pflege erhalten, sodass niemand mehr seinen Beruf für die Pflege eines Angehörigen aufgeben oder sich verschulden muss. Auch das „Herausreißen“ aus der gewohnten Umgebung wollen wir verhindern, indem jeder an Anspruch erhalten soll, bedarfsgerecht zu Hause gepflegt zu werden.

DIE LINKE verlangt und streitet um einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf reguläre und durch den Arbeitgeber bezahlte Freistellung von bis zu sechs Wochen für die akut notwendige Pflegeversorgung durchzusetzen. Der Rechtsanspruch auf Pflegezeit muss auch für Angehörige ohne verwandtschaftliche Beziehung gelten.

Wir wollen, dass die volle Anrechnung von Kindererziehung und eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung durchgesetzt werden. So können wir Altersarmut entgegenwirken, von der vor allem Frauen betroffen sind.

Frage 11:

DIE LINKE ist für ein Anheben des Rentenniveaus. Rente muss ein Leben in Würde ermöglichen und dazu führen, dass der Lebensstandard beim Eintritt in die Rente gehalten werden kann.

Selbstverständlich ist unsere Forderung in ein Konzept eingebettet: Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit muss effektiv angegangen werden, in dem Arbeitsplätze geschaffen werden und Arbeit gerecht verteilt wird, anstatt die Zahlen durch Maßnahmen wie 1-Euro-Jobs und Prekarisierung zu schmälern. Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen vehement und wirksam bekämpft werden. Wir streiten für einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde, denn unter einem Stundenlohn von 11,68 Euro lässt sich keine vernünftige Rente finanzieren. Ab der ersten Arbeitsstunde bzw. dem ersten Euro der verdient wird, soll paritätisch in die gesetzlichen Versicherungen eingezahlt werden. Das hat mehrere Vorteile: Der Arbeitgeber muss sich auch bei Minijobbern an der Sozialversicherung beteiligen – eine Absicherung für den Arbeitnehmer und gleichzeitig macht es prekäre Arbeitsverhältnisse für den Arbeitgeber unattraktiv. Es kommt zu weniger Unterbrechungen bei der Einzahlung in die Rentenkasse und die Beitragsbasis wird verbreitert. Verbreitern wollen wir die Beiträge ebenfalls durch eine solidarische Finanzierung, bei der alle, Angestellte, Selbstständige, Beamte und Abgeordnete in einen Fond einzahlen. DIE LINKE besteht auf eine echte paritätische Finanzierung. Das heißt, die erste Säule der Rentenversicherung, die gesetzliche Rente, muss wieder eine tragende und verlässliche Rolle spielen. Es dürfen keine Auslagerungen der Finanzierung in private Unternehmen stattfinden, bei der Arbeitgeber entlastet werden und Banken und Versicherungen Profite einstreichen. Eine private Rentenversicherung kann als Luxus erworben werden, darf aber keine Notwendigkeit sein. Wir wollen den Bürgern ermöglichen, ihr privat angelegtes Rentenvermögen in die gesetzliche Rente verlustfrei überführen zu können. Damit die erste Säule wieder verlässlich wird, muss die Rentenformel repariert werden, das heißt, die Änderungen, die mit Riester und dem Einführen des Nachhaltigkeitsfaktors gemacht wurden, müssen rückgängig gemacht werden. Dies hat zur Folge, dass der Beitrag bis 2024 auf 28% steigt. Allerdings

wird dieser dann paritätisch bezahlt, was bedeutet, dass der Arbeitnehmer einen Beitrag von 14% hat. Momentan liegt der Beitrag bei je 9,35% für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Arbeitnehmer muss allerdings theoretisch noch weitere 7% privat finanzieren, was dann einen Beitragssatz von 16,35% macht. Demnach bedeutet die Reparatur zum einen eine Entlastung, aber auch mehr Sicherheit für den Arbeitnehmer. Wir wollen das Rentenniveau auf 53% anheben, was bei einer solidarischen, paritätischen Finanzierung möglich ist, wenn Pensionen nicht ins Unermessliche steigen und weitere Zahlungen, wie beispielsweise die Mütterrente, steuerfinanziert sind und nicht dem Rentenfond entnommen werden. DIE LINKE lehnt eine Rente mit 67 ab. Das Limit soll bei 65 liegen, allerdings fordern wir die Möglichkeit bei Verschleiß abschlagsfrei mit 60 in Rente gehen zu können. Damit jeder eine Rente erhält, die ein würdevolles Leben ermöglicht, wollen wir eine Mindestrente von 1050 Euro einführen, die unter menschenwürdigen Bezugsbedingungen zugänglich ist. Da wir alle in einem Staat leben und es keinen Grund für Unterschiede gibt, wollen wir die Ost- und Westrente angleichen.

Frage 12:

Wir fordern eine Umverteilung von Oben nach Unten, dafür haben wir ein eigenes Steuermodell entwickelt und durchgerechnet. Niedrige und mittlere Einkommen müssen dabei entlastet werden. Dasselbe gilt für mittelständische Unternehmen. Reiche, sowie große Firmen und Konzerne müssen stärker in Ihre Verantwortung genommen werden.

Bei der Lohnsteuer fordern wir einen Freibetrag von 12600 Euro/Jahr, was sich an der Grundsicherung von 1050 Euro/Monat orientiert und deutlich über dem aktuellen 450 Euro monatlichen Freibetrag liegt. Gehälter unter 7100 Euro/Monat sollen steuerlich entlastet werden. Zum Beispiel hat jemand mit einem monatlichen Bruttogehalt von 1700 Euro so 1520 Euro jährlich mehr, was eine Entlastung von 26% bedeutet. Wer 3400 Euro/Monat verdient, soll jährlich 2374 Euro mehr haben, eine Entlastung von 25%. Ab einem Jahresgehalt von 86000 Euro will DIE LINKE den ehemaligen Spitzensteuersatz von 53% wieder einführen. Die Lohnsteuer soll ab einem Jahreseinkommen von 260000 Euro in eine Reichensteuer von 60% überführt werden. Diese soll ab einem Jahreseinkommen von 1 Mio. Euro 75% ausmachen. Wir wollen, dass Gewinne aus Kapital und Aktien wie Arbeit besteuert werden. Vermögen oberhalb 1 Mio. Euro wollen wir mit 5% besteuern. Die lächerlich niedrige Erbschaftssteuer soll für private Erbschaften ab 1 Mio. Euro und für Unternehmen ab 5 Mio. Euro (damit so keine Unternehmen zerstört werden) deutlich angehoben werden. Auch die Unternehmenssteuer soll für große Unternehmen und Konzerne steigen. Außerdem wollen wir eine Gemeinwirtschaftssteuer einführen. Um Spekulationen und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten und Folgen für Verbraucher zu bekämpfen, setzen wir uns für eine Transaktionssteuer ein.

Mit diesem Steuermodell erhält der Staatshaushalt jährliche steuerliche Mehreinnahmen von 180 Mrd. Euro, die in Form von zweckgebundenen Fonds (sozialer Wohnungsbau, Schulsanierung, öffentliche Verkehrsmittel...) an Länder und Kommunen gehen sollen. Die Fonds machen in der Summe ca. 175 Mrd. Euro aus, sodass am Ende noch 5 Mrd. Euro für weiteres übrig sind. Steueroasen und -Tricks, wie das undurchschaubare Geflecht von Briefkastenfirmen oder der Cum-Ex-Betrug kosten den Staat jährlich 100te Mrd. Euro. Konzerne wie Google, Apple oder Ikea bezahlen weniger als 1% Steuern auf ihre Gewinne. DIE LINKE will diesen Tricks und Betrügereien ein Ende setzen, deshalb fordern wir, dass Strafverfolgungsbehörden personell und technisch bedarfsgerecht ausgestattet werden und den gesetzlichen Rahmen erhalten, effektiv agieren zu können. Im Falle der Beihilfe zur Steuerhinterziehung müssen harte Strafen folgen. Beispielsweise ein Lizenzentzug für Banken und Kanzleien. Hinzukommend soll es in Zukunft eine Bundesfinanzpolizei geben, sowie ein europaweites Transparenzregister für Eigentümer von Firmen, Stiftungen und Trusts, welches öffentlich zugänglich ist. Die Wertschöpfungen, Umsätze und Gewinne transnationaler Unternehmen müssen länderweise offengelegt werden.

Wir fordern einheitliche EU-Mindeststeuersätze, um Abwanderungen zu vermeiden. Nicht kooperative Nationen wollen wir mit einer 50%igen Quellensteuer, die sofort umgesetzt werden kann, sanktionieren.